

# Neue Daten widersprechen den Behauptungen von Boris Johnson bzgl. der Kosten von Windenergie

geschrieben von Chris Frey | 1. November 2021

*Net Zero Watch*

**London, 28. Oktober: Neue Daten bestätigen, dass die Kosten für Offshore-Windparks auf sehr hohem Niveau verharren und während der letzten Jahre nur wenig gesunken sind.**

[Hervorhebung im Original]

*Net Zero Watch* hat die geprüften Bilanzen aller kommerziellen britischen Offshore-Windparks zusammen mit den entsprechenden Erzeugungsdaten von Ofgem zusammengestellt. Diese Arbeit aktualisiert eine Reihe früherer Studien zur Offshore-Windenergie in Großbritannien, die zu ähnlichen Schlussfolgerungen kamen.

Der Premierminister teilte den Abgeordneten kürzlich mit, dass die Kosten der Offshore-Windenergie in den letzten zehn Jahren um 70 Prozent **gesunken** sind. Er rechtfertigte damit seine Behauptung, dass Net Zero zu bescheidenen Kosten erreicht werden kann.

Die neuen Erkenntnisse zeigen, dass er sich in Bezug auf die Kosten der Windenergie irrt und dass Net Zero Hunderte von Milliarden Pfund zusätzlich kosten wird.

Die Behauptungen der Minister stützen sich auf die niedrigen Gebote, die mehrere Offshore-Windparks bei Auktionen für Differenzverträge abgegeben haben. Der erste von ihnen – Moray East – hat jedoch jetzt seine Abrechnung für 2020 veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass die Baukosten ähnlich hoch sein werden wie bei anderen Windparks der letzten Zeit.

Andrew Montford von Net Zero Watch sagte:

„Abgesehen von den Befürwortern von Windkraftanlagen ist man sich inzwischen weitgehend einig, dass die Ergebnisse von Differenzverträgen nicht die zugrunde liegenden Kosten widerspiegeln. Die harten Daten aus geprüften Bilanzen geben dieser Auffassung nun eindeutigen Rückhalt. **Es ist klar, dass die Offshore-Windenergie extrem teuer ist und dies in absehbarer Zukunft auch bleiben wird.**“

Der Abgeordnete und Vorsitzende der parlamentarischen *Net Zero Scrutiny Group* Craig Mackinlay sagte:

„Boris Johnson hat mir versichert, dass die Kosten der Offshore-

Windenergie um 70% gesunken sind. Eine nüchterne Analyse zeigt, dass dies nicht der Fall ist. Dies zeigt nicht nur, dass der Premierminister von seinen Beratern mit falschen Informationen versorgt wird, sondern auch, **dass die Öffentlichkeit in ein Kosten- und Energiesicherheits-Desaster geführt wird.**“

[Beide Hervorhebungen vom Übersetzer]

Einzelheiten zu den Ergebnissen finden Sie [hier](#).

Link:

<https://www.netzerowatch.com/new-data-refute-boris-johnsons-wind-cost-claims/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

## **„Sie müssen einfach weniger brüten“: Die Finsternis des Klima-Fanatismus‘**

geschrieben von Chris Frey | 1. November 2021

Vijay Jayaraj, [American Thinker](#)

In diesem Zeitalter des grünen Wahns ist die wahrscheinlichste Antwort auf berechtigte Sorgen über den mangelnden Zugang zu Energie für die Armen der Welt die Kampagne für so genannte erneuerbare Technologien wie Windturbinen und Sonnenkollektoren.

So beschämend dieser Vorschlag für die Befürworter solch unzuverlässiger und unpraktischer Energiequellen auch sein mag, so gibt es manchmal sogar noch erschreckendere Antworten, die an das Unmenschliche grenzen. Ein Tweet von mir löste kürzlich eine solche Antwort aus.

Der Tweet war an die Teilnehmer von COP26 gerichtet, einer Klimakonferenz der Vereinten Nationen, die in diesem Monat in Glasgow beginnt. Die jährliche Konferenz befasst sich nur selten mit der Energiearmut in der Dritten Welt, die Milliarden von Menschen grundlegende Bedürfnisse wie sauberes Wasser, Licht und moderne medizinische Versorgung vorenthält. Viele dieser Menschen sind der Verschmutzung von Innenräumen durch Kochen und Heizen mit Holz und Tierdung ausgesetzt, während Bürokraten und Politiker das Verbot genau der fossilen Brennstoffe predigen, die zur Linderung ihres Leids notwendig sind.

Als ich in einem Tweet den offensichtlichen Mangel an Empathie für arme

Menschen in den Entwicklungsländern hinterfragte, antwortete eine Person, dass es in Indien zu viele Menschen gebe.

„Ich möchte, dass sich die COP26-Teilnehmer eine einfache Frage stellen“, hieß es in [meinem Tweet](#). „Was werden sie für die Menschen in der Dritten Welt tun, die immer noch keinen Zugang zu erschwinglicher und zuverlässiger Energie haben – sowohl zum Kochen als auch für Strom? Wir brauchen Gas, Öl und Kohle. Zwingt uns keine Energie-Apartheid auf.“

Der [Antwort-Tweet](#) lautete: „Indien ist ernsthaft überbevölkert, sie müssen sich weniger fortpflanzen.“

Weniger fortpflanzen? Wie kann ein Inder wie ich nicht empört sein über einen derart menschenfeindlichen Vorschlag? Sind die 1,3 Milliarden Menschen in Indien Laborratten, die kein Recht haben, sich nach eigenem Gutdünken fortzupflanzen?

Außerdem ist die Vorstellung überholt, dass das Bevölkerungswachstum ein Problem darstellt. In den 1960er und 1970er Jahren wurde in den Medien die Angst geschürt, dass die Überbevölkerung aufgrund der Ressourcenknappheit zum Untergang der Welt führen würde. Diese Vorstellung hat sich mit den Fortschritten des späten 20. Jahrhunderts in der Landwirtschaft und der Industrie erledigt, die dafür gesorgt haben, dass es heute mehr Nahrungsmittel gibt als je zuvor. Während der letzten fünfzig Jahre sind praktisch alle Indikatoren für das menschliche Wohlergehen gestiegen.

Die Behauptung, dass wir überbevölkert sind, ist einfach falsch.

Wer solche Gedanken hegt, sollte bedenken, dass der indische Nährboden der Welt brillante Denker wie die derzeitigen CEOs von Google, Microsoft, IBM und Adobe beschert hat. Ironischerweise nutzte die Person, die mein Land offensichtlich lächerlich macht, die Twitter-Plattform, deren derzeitiger Chief Technology Officer aus Indien stammt und seine Schulausbildung in einer Stadt absolvierte, die nur wenige hundert Meilen von meinem Wohnort entfernt ist. Und dann waren da noch Menschen wie Mutter Teresa, Mahatma Gandhi, der Universalgelehrte und Gründer der Republik B. R. Ambedkar und zahlreiche andere führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft.

Nach der Feststellung des kulturellen Mangels komme ich auf die mangelnde Sorge um die Energiearmut in den Entwicklungsländern als das größere Problem zurück. **Es ist die religiöse Inbrunst der Klima-Alarmisten-Sekte, die eine menschenfeindliche Sichtweise antreibt, die den Menschen grundlegende Bedürfnisse – sogar das Leben selbst – verweigert**, um die Fantasie einer kohlenstofffreien Wirtschaft zu erreichen. All das, um angeblich eine erfundene Klimakrise abzuwenden.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Wenn diese Missachtung unserer Menschlichkeit unangefochten bleibt,

könnten uns wirklich dunkle Zeiten bevorstehen. Beobachten Sie die COP26 in Glasgow, um Trends zu erkennen.

*Vijay Jayaraj is a research associate at the CO2 Coalition, Arlington, Va., and holds a Master's degree in environmental sciences from the University of East Anglia, England. He resides in Bengaluru, India.*

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2021/10/27/they-need-to-breed-less-the-darkness-of-climate-zealotry/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

## Klima-Tagung warnt vor einer Klima-sozialistischen Agenda

geschrieben von Chris Frey | 1. November 2021

[H. Sterling Burnett](#)

Klima-Tagung ICCC-14 des Heartland-Institutes in Las Vegas ist vorüber, aber deren Auswirkungen werden noch länger zu spüren sein. Videos der Konferenz kann man [hier](#) einsehen.

Das Thema der ICCC-14 lautete „*The Great Reset: Climate Realism vs. Climate Socialism*“. Das Programm war eine Reaktion auf den Vorstoß der internationalen Eliten, die vermeintlich existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel auszunutzen, um die Menschen dazu zu bringen, „den Kapitalismus neu zu denken“, wie Klaus Schwab, Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums, es ausdrückte. Wie in zahlreichen Dokumenten und Diskussionen beschrieben, ist es das Ziel derjenigen, die den Great Reset (GR) vorantreiben, den Sozialismus weltweit durchzusetzen, insbesondere bei der Energieerzeugung und -nutzung, was die Grundlage der modernen Welt bildet.

In den Sitzungen wurde erörtert, was die Klimawissenschaft über den Beitrag der Menschheit zum Klimawandel zeigt, welche Gefahr, wenn überhaupt, von ihm ausgeht, wie die Klimawissenschaft korrumpiert wurde, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Einschränkungen der Freiheit, die sich aus den Bemühungen der Regierung Biden zur „Bekämpfung des Klimawandels“ ergeben, und vieles mehr.

Einer der subtilsten und perfidesten Wege, auf dem die Kabale aus elitären Aktivisten, Industrie- und Handelsinteressen sowie nationalen und internationalen Politikern und Bürokraten versucht, den Kapitalismus

so umzustellen, dass er „gesunde“ soziale Gerechtigkeit und grüne Prioritäten in den Vordergrund stellt, ist die Kooptierung und Übernahme der globalen Kapitalmärkte: Banken, Versicherungen, Aktien- und Anleihehandel und Investitionen.

Mein Kollege Justin Haskins, Direktor des Projekts „Stopping Socialism“ des Heartland Institutes, schreibt und spricht schon seit einiger Zeit über dieses Thema. Justin hielt während des ICC-14 eine beeindruckende, weitreichende Präsentation zu diesem Thema (seine Präsentation beginnt bei etwa 1:00 auf dem [hier](#) verlinkten Video). Justin zeigt ohne den Schatten eines Zweifels, dass die globalen Eliten, von Großbanken über Politiker bis hin zu Portfolio-Fondsmanagern und internationalen Bürokraten, in ihrem Streben nach einem großen Reset **„gemeinsam und schnell daran arbeiten, alle Aspekte unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften umzugestalten**, von der Bildung über Sozialverträge bis hin zu den Arbeitsbedingungen. ... Jede Branche, von Öl und Gas bis zur Technologie, muss umgestaltet werden. Kurz gesagt, wir brauchen einen großen Neustart des Kapitalismus“, so charakterisiert er Schwabs erklärtes Ziel.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Große Finanzinstitute wie die Bank of America und Mastercard, Vermögensverwalter wie BlackRock und Vanguard sowie Hunderte von Unternehmen engagieren sich für den finanziellen und kommerziellen Teil des „Great Reset“, indem sie Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) vorantreiben.

Diese einflussreichen Personen und Institutionen möchten, dass ESG-Kennzahlen die Kapitalisierung, den Umsatz, den Gewinn und die Gewinnspanne als neue Methode zur Bewertung von Unternehmen ersetzen. Im Rahmen der ESG-Kriterien sind Investitionsrenditen und Renditen für Aktionäre und Eigentümer nicht so wichtig für das Ranking eines Unternehmens wie sein Engagement für linke Anliegen. Dazu gehört, wie „grün“ ein Unternehmen ist, wie hoch der „richtige“ Anteil an Minderheiten ist, ob es sich in politisch missliebigen Branchen engagiert (z. B. bei der Herstellung von Waffen und der Produktion fossiler Brennstoffe) und ob man andere linkslastige Überlegungen anstellt.

Die Unternehmen erhalten dann eine Punktzahl oder ein Rating, um festzustellen, wie gut sie mit den ESG-Zielen übereinstimmen, und die Banken werden diese Punktzahlen verwenden, um Kreditvergabe- und andere Geschäftsentscheidungen zu treffen, und die Portfoliomanager werden sie verwenden, um Anlageempfehlungen festzulegen und Initiativen und Vorstandsentscheidungen vorzuschlagen, die auf den Jahresversammlungen angeboten werden.

Hunderte der weltgrößten Unternehmen, darunter auch Finanzinstitute, haben bereits ESG-Systeme und Arten der Berichterstattung in ihren

Unternehmen eingeführt, und Investorengruppen, die über Billionen von Dollar verfügen, haben sich verpflichtet, diese Unternehmen gegenüber denjenigen zu bevorzugen, die sich weigern, daran teilzunehmen.

Auf der Klimakonferenz gab es eine Diskussionsrunde, die sich mit dieser verhängnisvollen Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor befasste: *„How to Oppose Woke Capital, Activist Investors, and Financial Regulators’ Efforts to Cancel Traditional Energy“* [etwa: Wie man sich den Bemühungen von Woke Capital, aktivistischen Investoren und Finanzaufsichtsbehörden zur Abschaffung traditioneller Energie widersetzt]. An der Podiumsdiskussion nahmen Justin Danhof und Scott Shepard vom Free Enterprise Project – der einzigen vollzeitlich tätigen konservativen, freiheits- und marktfreundlichen Organisation für Investoren-Aktivisten – am National Center for Public Policy Research und Stephen Soukup vom Political Forum Institute teil. Die Analysten erörterten den zunehmenden Trend, dass Unternehmen ihre treuhänderischen Pflichten beiseite schieben und sich auf ESG-Ziele konzentrieren, sowie die Bemühungen der Regierung Biden, jedes Unternehmen dazu zu verpflichten, ESG-Ziele zu seinem wichtigsten Anliegen zu machen. Sie erläuterten, wie diese Änderung des Schwerpunkts durch große Akteure des Privatsektors und der Regierung tiefgreifende negative Auswirkungen auf Aktionäre, Kunden und die gesamte Gesellschaft hat. (Die Podiumsdiskussion kann [hier](#) angesehen werden, ab 5 Stunden, 11 Minuten und 45 Sekunden).

[Untersuchungen](#) zeigen immer wieder, dass Fonds, die sich in erster Linie an ESG-Zielen orientieren, geringere Renditen erzielen und weitaus risikoreicher sind als Anlageportfolios, die sich an Gewinnen und der Schaffung von Wohlstand für ihre Anleger/Eigentümer orientieren.

Die Trump-Regierung hat versucht, die Bemühungen von Unternehmen und Bundesbehörden zu bremsen, soziale Gerechtigkeit und Umweltaforderungen durchzusetzen. Trump hat unter anderem dafür gesorgt, dass die vom Arbeitsministerium regulierten ERISA-Pläne (Pensionspläne im Rahmen des Rentenreformgesetzes von 1974) so verwaltet werden, dass sie sich einzig und allein auf die Alterssicherung der amerikanischen Arbeitnehmer konzentrieren. Ebenfalls unter Trump schlug das U.S. Office of the Comptroller of the Currency eine Vorschrift vor, die den fairen Zugang zu Bankdienstleistungen sicherstellen soll, die von nationalen Banken, bundesstaatlichen Sparvereinigungen und Agenturen ausländischer Bankorganisationen angeboten werden.

Die Vorschrift hätte es Banken mit einem Vermögen von mehr als 100 Milliarden Dollar untersagt, Unternehmen Dienstleistungen wie Kreditvergabe und Zahlungsverkehr zu verweigern, die auf politischen Erwägungen beruhen, z. B. auf der Art der Branche, in der sie tätig sind, oder darauf, ob sie ESG-Kodizes angenommen haben, im Gegensatz zu normalen geschäftlichen Erwägungen wie den Erträgen eines Unternehmens, seinen Geschäftsaussichten, seinen Vermögenswerten, seinen Gewinn- und Verlustrechnungen, seiner Kapitalausstattung und seiner

Kreditgeschichte.

Durch eine Reihe von Durchführungsverordnungen ist Biden dabei, diese Regeln aktiv zurückzudrehen. Bidens Durchführungsverordnung zu klimabedingten finanziellen Risiken „schreibt vor, dass Arbeitsminister Marty Walsh dem Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats und dem nationalen Klimaberater des Weißen Hauses innerhalb von 180 Tagen einen Bericht vorlegt, in dem die von der Behörde ergriffenen Maßnahmen zum Schutz der Ersparnisse und Renten von US-Arbeitnehmern und -Familien vor klimabedingten finanziellen Risiken“ aufgeführt sind, und verlangt dasselbe vom Federal Retirement Thrift Investment Board, das den Thrift Savings Plan für Bundesbedienstete verwaltet“, berichtet *401K Specialist*.

Darüber hinaus hat die US-Börsenaufsichtsbehörde (SEC) auf Bidens Anweisung hin eine 22-köpfige ESG-Taskforce eingerichtet, um die Ziele der Regierung in Bezug auf soziale Gerechtigkeit und Klimawandel durchzusetzen. Gleichzeitig forderte die SEC die Öffentlichkeit auf, sich zu einer Vorschrift zu äußern, nach der börsennotierte Unternehmen, Vermögensverwaltungsgesellschaften und Investmentfonds, die ihrer Aufsicht unterliegen, die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken und Chancen offenlegen müssen.

Darüber hinaus versucht das von radikalen Demokraten kontrollierte US-Repräsentantenhaus, das Heu zu machen, während die Sonne auf diese Angelegenheiten scheint. Die Demokraten im Repräsentantenhaus haben bereits einen Gesetzentwurf durchgesetzt, der ESG-Angaben für alle Unternehmen vorschreibt, die der SEC unterstehen, und sie erwägen einen Gesetzentwurf, der es Banken erschweren soll, Kredite an Unternehmen zu vergeben, die fossile Brennstoffe entwickeln, transportieren oder verkaufen.

Einige Bundesstaaten, wie Texas, wehren sich gegen Versuche, Investitionen zu politisieren. Texas hat in diesem Jahr Gesetze erlassen, die die öffentlichen Pensionsfonds des Bundesstaates verpflichten, ihre Beteiligungen an Unternehmen zu veräußern, die die Produzenten fossiler Brennstoffe boykottieren oder ihre Beziehungen zu ihnen abbrechen. Louisiana hat vor kurzem eine 700 Millionen Dollar schwere Öl- und Gasanleihe, die von der Bank JPMorgan Chase unterstützt worden wäre, gestoppt, weil die Bank beschlossen hatte, Bankgeschäfte mit Unternehmen der Schusswaffenindustrie zu verbieten.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass das Schicksal der Investitionen und Renten der Menschen in den nächsten Jahren entschieden werden – ob also die Menschen in der Lage sein werden, in einem angemessenen Alter bequem in Rente zu gehen, und ob die Märkte genutzt werden, um Wohlstand aufzubauen oder die Menschen in Richtungen zu drängen, die die Eliten für politisch korrekt halten. Entschieden wird das bei den nächsten zwei Wahlen (auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene), in Gerichtssälen und während der *Proxy Battles* bei den jährlichen Vorstandssitzungen.

Wer vorgewarnt und informiert ist, ist gewappnet. Handeln Sie auf der Grundlage dieses Wissens und unterstützen Sie Organisationen wie das Heartland Institute [und das EIKE], die gegen diesen Great Reset kämpfen, oder Sie werden die Konsequenzen tragen.

SOURCES: [ICCC-14](#); [Climate Change Weekly](#); [Environment & Climate News](#); [Environment & Climate News](#)

Link:

<https://www.heartland.org/news-opinion/news/conference-warns-of-climate-socialism-agenda>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

Kommentar des Übersetzers hierzu: Auf der ICCC-Tagung ging es also nicht nur um Wissenschaft, sondern hauptsächlich darum, wie Wissenschaft missbraucht wird, um die Gesellschaft so umzugestalten, dass sich die Völker regieren lassen ohne jede Mitsprachemöglichkeit. Die Mächtigen dieser Welt sind also nicht die Politiker, sondern die mehr im Hintergrund agierenden Wirtschaftsbosse, Finanzhaie und Konsorten. Sie bedienen sich einer viel zu willfährigen Medienlandschaft und treiben Politiker vor sich her.

Auf der EIKE-Tagung am 12. und 13. November steht dagegen eher die Wissenschaft im Vordergrund. Beide Tagungen zusammen ergeben also ein Gesamtbild, dass jeden Menschen mit etwas gesundem Menschenverstand angst und bange werden lassen muss. Und es ist zutiefst erschreckend, wie weit dieser Prozess offenbar schon fortgeschritten ist.

WER STOPPT DIESEN WAHNSINN?!

---

## **Weiterhin Dominanz von Kohle und Öl: Unerwartet hohe Nachfrage führt zum globalen Energie-Notstand**

geschrieben von Chris Frey | 1. November 2021

[Vijay Raj Jayaraj](#)

Die Kohle ist nicht mehr der König. Das Zeitalter des Öls ist vorbei. Unsere Volkswirtschaften werden kohlenstoffneutral sein.

Dies sind einige der gängigen Behauptungen, die Sie vielleicht in den Mainstream-Medien gehört oder gelesen haben. Viele Menschen glauben wirklich, dass unsere Wirtschaft dekarbonisiert wird und sich von der schmutzigen Kohle und dem bösen Öl befreit. Das liegt daran, dass sie so informiert wurden.

Die Realität sieht jedoch ganz anders aus. **Fossile Brennstoffe sind nicht nur nach wie vor führend im Energiemix, ihre Aussichten sind auch besser denn je.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie hat die Nachfrage nach Brennstoffen weltweit in die Höhe schnellen lassen. Kohle und Öl – die beiden meistgenutzten Energieträger – sind sehr gefragt und ihre Preise haben Rekordhöhen erreicht.

Leider wurden viele Länder von der unerwarteten Konjunkturbelebung und den falschen Prognosen zur Kohle- und Ölnachfrage überrascht.

**Eine Kältewelle schon Anfang Oktober lässt Chinas Schwierigkeiten immer größer werden**

China ist stark betroffen. In mehr als einem Dutzend Provinzen kam es in den letzten Monaten bereits zu regelmäßigen Stromausfällen, und es wird vorhergesagt, dass sich die Lage bis zum Frühjahr 2022 nicht bessern wird.

Trotz eines Verbots für australische Kohle hat Peking die in den Häfen gestrandeten Kohletransporte weiterhin für seine Kraftwerke und Industrien zugelassen. Dies hatte jedoch keinen großen Einfluss auf die Verbesserung der Lage.

In dieser Woche hat der frühe Wintereinbruch die Temperatur in vielen Provinzen auf Talfahrt geschickt. Laut [Reuters](#) „wird prognostiziert, dass die Durchschnittstemperaturen in einigen zentralen und östlichen Regionen in den nächsten zwei bis drei Tagen um bis zu 16 Grad Celsius sinken könnten.“

In Erwartung einer erhöhten Nachfrage beeilten sich die Kohlewerke, mehr Kohle zu beschaffen, was die Kohlepreise weiter ansteigen ließ. „Die Preise für Kraftwerkskohle aus Zhengzhou erreichten am 15. Oktober ein [Rekordhoch](#) von 1669,40 Yuan (259,42 \$) pro Tonne, was einem Preisanstieg von insgesamt 200 % in diesem Jahr entspricht“.

In mehr als der Hälfte der Provinzen des Landes wird der Strom für die Verbraucher rationiert, und die Lage in China sieht düster aus. Angesichts des bevorstehenden kalten Winters könnte sich die Situation noch verschlimmern.

Der Stromverbrauch der Industrie ist bereits um 12% zurückgegangen. Die

wichtigsten Industriezweige zur Herstellung von Stahl, Aluminium, Zement und Chemikalien werden voraussichtlich große Verluste hinnehmen müssen.

Die einzige Lösung für eine wirtschaftliche Erholung ist Kohle. Peking ist sich dessen bewusst und hat seine Bergleute aufgefordert, mehr zu fördern. Das Schicksal von 1,3 Milliarden Menschen hängt allein davon ab, ob das Land Zugang zu erschwinglicher Kohle hat.

### **Ölpreis zieht nach positiven Prognosen wieder an**

Unterdessen sind die Ölpreise in dieser Woche weltweit stark gestiegen, nachdem die Internationale Energieagentur positive Prognosen abgegeben und die weltweite Nachfrage wieder angezogen hatte.

„Die Ölpreise stiegen am Donnerstag (14. Oktober) um 1%, nachdem der wichtigste Ölproduzent Saudi-Arabien die Forderung nach zusätzlichen OPEC+-Lieferungen zurückgewiesen hatte“ und die Internationale Energieagentur erklärte, dass „steigende Erdgaspreise die Nachfrage nach Öl bei Stromerzeugern ankurbeln könnten“.

Experten sagen einen „mehrwöchigen“ Anstieg voraus und gehen nicht davon aus, dass die Nachfrage in absehbarer Zeit deutlich zurückgehen wird. Der OPEC-Bericht „World Oil Outlook“ sagt sogar voraus, dass Öl bis 2045 immer noch die wichtigste Energiequelle sein wird.

Der Anstieg der internationalen Ölpreise hat sich in vielen Ländern auf die inländischen Kraftstoffpreise ausgewirkt. In Indien sind die Kraftstoffpreise (Benzin und Diesel) im vergangenen Jahr um bis zu 25% gestiegen. Nach [Angaben](#) der OPEC wird Indien mit einem zusätzlichen Bedarf von 6,5 Mio. Tonnen pro Tag zwischen 2020 und 2045 den größten Beitrag zur zusätzlichen Nachfrage (nach Öl) leisten.

Nigeria wird mit einem noch nie dagewesenen Anstieg der Benzin- und Dieselpreise konfrontiert werden, da der internationale Rohölpreis die Regierung dazu zwingt, die bestehenden Subventionen für Kraftstoffe zu reduzieren.

Auch für die Verbraucher in den USA ist der Anstieg der Kraftstoffpreise eine Herausforderung. Fortune [berichtet](#), dass „die Preise an der Zapfsäule seit Anfang 2021 um durchschnittlich 35 % auf 3,27 Dollar pro Gallone im September gestiegen sind“ und dass eine Durchschnittsfamilie jetzt möglicherweise 600 Dollar pro Jahr mehr ausgeben muss.

Im Gegensatz zu Bidens Behauptung, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern, ist die Abhängigkeit aufgrund der höheren Nachfrage sogar noch gestiegen. Die heimische Ölproduktion in den USA nimmt weiter zu, und ein Ende ist nicht in Sicht. Die EIA [prognostiziert](#), dass die derzeitige US-Ölproduktion von 11,3 Mio. b/d bis 2022 auf durchschnittlich 11,7 Mio. b/d ansteigen wird.

**Autor:** [Vijay Raj Jayaraj](#) (M.Sc., Environmental Science, University of

East Anglia, England), is an Environmental Researcher based in New Delhi, India. He served as a Graduate Research Assistant at the University of British Columbia, Canada and has worked in the fields of Conservation, Climate change and Energy.“

Link:

<https://www.cfact.org/2021/10/17/coal-and-oil-continue-domination-unexpected-demand-creates-global-energy-havoc/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

## Lord Stern liegt schon wieder völlig falsch

geschrieben von Chris Frey | 1. November 2021

**Tim Worstall**

Lord Sterns neueste Studie über den Klimawandel leidet unter den üblichen Problemen, aber im Zentrum steht ein unangenehmer Logikfehler, der etwas größer ist als seine Standardfehler. Er stellt fest, dass erneuerbare Energien und andere grüne Technologien im Laufe der Jahre immer billiger geworden sind. Er schätzt, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird. Und mit dieser Annahme hat er wahrscheinlich recht. Die Unlogik besteht darin, darauf zu beharren, dass dies bedeutet, dass wir schnelle und große Anstrengungen unternehmen sollten, um diese Technologien jetzt einzuführen. Die richtige Reaktion auf etwas, das immer billiger wird, ist es, die Anschaffung zu verzögern.

In der Berichterstattung über die Studie von Lord Stern geht es wie auch im [Guardian](#) darum, dass die verwendeten Zinssätze das junge Leben unterbewerten. Dies ist eine Annahme, die nicht ganz zutrifft. Durch die Verwendung eines sehr niedrigen Zinssatzes – wie im Stern-Bericht empfohlen – sind wir bereits nahe daran, gleichgültig zu sein, wann ein Lebensjahr stattfindet. Mit anderen Worten, dieses Problem wurde bereits in den früheren Berechnungen gelöst.

In dem Papier selbst finden wir die übliche... nun, Kasuistik ist [kein zu hartes Wort](#):

„Unser derzeitiger Emissionspfad impliziert, dass wir auf einen Temperaturanstieg von mehr als 3°C zusteuern“.

Unsinn! Wir haben bereits genug getan, um das zu vermeiden, selbst wenn wir die Standardannahmen des IPCC zugrunde legen. Die Entwicklung der

erneuerbaren Energien und ihr wahrscheinlicher Ausbau in den kommenden Jahrzehnten haben uns von diesem Weg abgebracht. Das Problem wird nur ein paar Sätze später deutlich:

*„Unter einem Business-as-usual-Szenario würde eine der am dichtesten besiedelten Regionen der Welt, die nordchinesische Tiefebene, wahrscheinlich noch in diesem Jahrhundert tödliche Hitzewellen erleben, bei denen die „Wet-Bulb“-Temperatur\* die Schwelle überschreitet, die Menschen bei der Arbeit im Freien ertragen können (Kang und Eltahir, 2018)“.*

[„Wet Bulb“-Temperatur = Feuchttemperatur. Das ist die Temperatur, bis zu der sich ein Körper abkühlt, wenn daraus Feuchtigkeit verdunstet. Jeder kennt das von Badebekleidung, die nach dem Baden nicht gewechselt wird. Steigt die Feuchttemperatur über 36 oder 37°C, wird es für Menschen gefährlich, weil die Haut sich durch Verdunstung des Schweißes nicht mehr abkühlen kann und es daher beim Menschen zu einem tödlichen Hitzestau kommt, wenn er seine Wärme nicht mehr los wird. Vor Eintreffen des Sommermonsuns in Indien ist das regelmäßig der Fall, so dass Arbeiten im Freien dann weitgehend zum Erliegen kommen. Dieser Hitzestau ist auch hier gemeint, aber wie man sieht, sind derartige Behauptungen wirklich Unsinn. – Anm. d. Übers.]

Wie wir bereits in einer [früheren Studie](#) festgestellt haben, müssen wir äußerst vorsichtig sein, wenn Klimaaktivisten mit dem Begriff „business as usual“ um sich werfen. Bei der Überprüfung des zitierten Papiers erhalten wir Folgendes:

*Wir führen Simulationen für den historischen Zeitraum (1975-2005) sowie für das zukünftige Klima (2070-2100) durch, wobei wir von zwei Szenarien für Treibhausgasemissionen ausgehen (BAU-Szenario (RCP8.5) und moderates Minderungsszenario (RCP4.5))*

Die Definition von „business as usual“ ist RCP 8.5, ein Pfad für Treibhausgasemissionen, von dem wir bereits wissen, dass er nicht eintreten wird. Man bietet uns also eine möglicherweise leicht überzogene Einschätzung, wie schlimm es werden wird, und erschreckt uns dann mit Beispielen, was absolut nicht passieren wird, um uns Angst zu machen? Dass dies eine gängige Methode ist, macht sie noch lange nicht akzeptabel.

Wie wir in jener früheren Papier erläutert haben, basiert das RCP 8.5 auf dem früheren A1FI-Szenario. Dieses Szenario war ursprünglich als äußerste Grenze des Umschlags konzipiert, ein wenig jenseits der möglichen Grenzen, um als eine Art Warnung und äußerste Grenze für die Schätzungen zu fungieren, wenn absolut alles falsch gemacht würde. Es wird davon ausgegangen, dass wir als Gesellschaft keine erneuerbaren Energien entwickeln, kein unkonventionelles Öl und Gas fördern, dass uns die konventionellen Energieträger ausgehen und wir deshalb wieder zur Kohleverstromung zurückkehren. Das geht so weit, dass wir am Ende mehr

Energie aus Kohle gewinnen als jede andere globale Gesellschaft zuvor, sogar mehr als im Dampfzeitalter. Das war nie wirklich zu erwarten und ist es jetzt definitiv nicht. Wir haben Fracking entwickelt, wir haben erneuerbare Energien entwickelt, und der Einsatz von Kohle geht im Vergleich zu den Annahmen des Modells, wonach sowohl die Menge als auch die Intensität pro BIP-Einheit immer weiter zunehmen, rapide zurück. [? Da ist der Autor vielleicht selbst nicht ganz im Bilde! A. d. Übers.]

RCP 8.5 ist einfach keine gültige Annahme für die Zukunft.

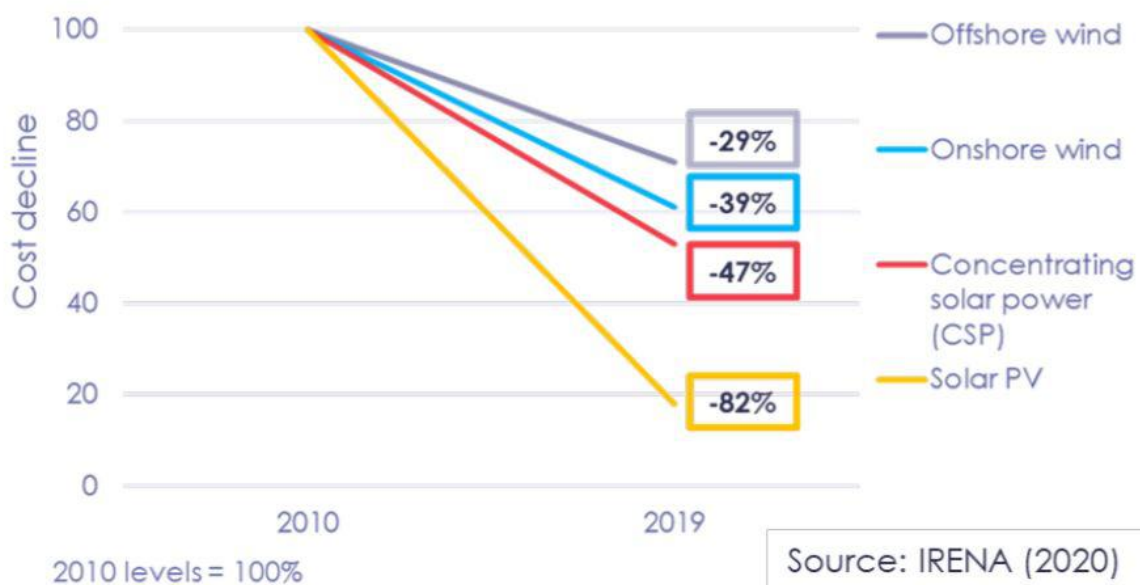
Der wirklich große logische Fehler von Stern liegt jedoch in diesem Punkt der [Kurzfassung](#):

*Jede vernünftige Schätzung der Kosten des Nichthandelns wäre heute noch höher und die Kosten des Handelns niedriger als im Jahr 2006.*

Dies wird dann als Grundlage für das Argument verwendet, dass wir jetzt viel mehr tun müssen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was man aus dem Rückgang der Kosten für die neuen Technologien ableiten kann. Dass etwas von Tag zu Tag billiger wird – wie oben erwähnt, geht Stern davon aus, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird, und wir stimmen ihm zu – ist ein Argument für eine Verzögerung der Installation, nicht für eine Beschleunigung. Denn Dinge, die von Tag zu Tag billiger werden, sind auch morgen noch billiger als sie es heute sind.

Nehmen Sie dies aus dem Papier selbst:

**Figure 2: Renewable power technologies: cost decreases since 2010.**



Die Installation von Solaranlagen kostet uns heute nur noch 18 % (nach ihren Zahlen, wohlgemerkt, nicht nach denen anderer) dessen, was die Installation der gleichen Stromversorgung noch vor 11 Jahren gekostet

hätte. In dem Papier wird – wahrscheinlich zu Recht – davon ausgegangen, dass sich diese Kostenreduzierung fortsetzen wird. Dies ist ein Argument für eine Verzögerung der Einführung, nicht für eine Beschleunigung.

Die Frage, wann der richtige Zeitpunkt für die Einführung gekommen ist, lautet eindeutig, wenn die neue Technologie billiger ist als die alte. Stern behauptet, dass dies bereits der Fall ist. Seine Befürchtung ist auch, dass alles, was jetzt gebaut wird, noch einige Jahrzehnte Bestand haben wird, weshalb es richtig ist, dass wir emissionsfreie Anlagen installieren sollten. Aber wenn das bereits billiger ist, dann braucht man sich nicht darum zu bemühen, es zu fördern. Wenn dies nicht der Fall ist, dann bedeuten die prognostizierten Preissenkungen, dass das Einführungsdatum verschoben werden sollte, bis dies der Fall ist. Dies gilt unabhängig davon, ob wir die reinen Kosten oder die mit den behaupteten Klimakosten angereicherten Kosten verwenden; die Logik ist in beiden Fällen die gleiche.

Eine mögliche Ausnahme wäre, wenn es die Einführung selbst wäre, die die Kosten senkt. Zumindest wird angedeutet, dass dies der Fall ist – dass es ausschließlich Größenvorteile bei der Einführung sind, die die Kosten senken. Für einen Wirtschaftswissenschaftler ist das eine sehr merkwürdige Aussage. Sicherlich gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Umfang der Einführung und den Kosten, aber das kann und wird in beide Richtungen funktionieren. Wenn eine neue Technologie billiger wird, kann dies zu einer stärkeren Verbreitung führen – das ist eine ganz normale Angebots- und Nachfragekurve. Der Versuch, darauf zu bestehen, dass ausschließlich Größenvorteile die Kostensenkungen vorantreiben, ist eine notwendige Voraussetzung für das Argument, dass wir jetzt „groß einsteigen“ müssen, und eine viel zu starke Annahme, um das Gewicht des Arguments zu tragen.

Und das, bevor die Ökonomen darauf hinweisen, dass es zwar tatsächlich Größenvorteile, aber auch Nachteile gibt. Wir wissen zum Beispiel, dass die Netze sehr viel teurer werden, sobald die Last der gänzlich variablen erneuerbaren Energien einen bestimmten Anteil an der Gesamtenergieversorgung überschreitet; ein Problem, das wir erst vor wenigen Wochen gesehen haben, als der Wind nicht mehr wehte.

Der makroökonomische Teil des Papiers leidet darunter, dass er im Sommer verfasst wurde. Es wird behauptet, dass die Wirtschaft unter einer zu hohen Arbeitslosigkeit leidet und daher Investitionen in umweltfreundliche Maßnahmen die Lage verbessern können. In der gegenwärtigen Wirtschaft, die unter Inflation und Arbeitskräftemangel leidet, ist dies eine weniger sinnvolle Idee.

Es ist verlockend, einfach zu sagen, dass angesichts des bevorstehenden Beginns der COP 26 Argumente für viel mehr und sofortige Maßnahmen gefunden werden müssen. Der anhaltende Rückgang der Kosten für erneuerbare Energien ist ein Argument für eine Verzögerung der Einführung, nicht für eine Beschleunigung. Aber nur ein Zyniker würde

annehmen, dass diese Argumente aus modischen oder politischen Gründen vorgebracht werden und nicht, weil sie richtig sind.

Link: <https://www.netzerowatch.com/stern-is-wrong-again/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE